



Wo sollen Asylbewerber künftig unterkommen? Der Kanton Bern will den Bund bei der Suche nach geeigneten Standorten unterstützen.

Keystone

Käser favorisiert Armeeunterkünfte

ASYLWESEN Der Bund plant, 80 Prozent der Asylgesuche in eigenen Zentren zu beurteilen. Dafür muss er jedoch erst geeignete Standorte finden. Offene Türen findet der Bund im Kanton Bern: Regierungsrat Hans-Jürg Käser hat bereits Unterstützung zugesagt.

Vier Monate statt vier Jahre: Das Asylverfahren soll drastisch verkürzt werden. Dies, weil der Bund 80 Prozent der Asylgesuche direkt in eigenen Zentren erledigen will. So schlägt es Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) vor, und so will es auch die vorberatende Kommission des Ständerats SPK (siehe Ausgabe von gestern).

Die Ideen dafür holte sich Sommaruga unter anderem in Holland. Dort fallen die Behörden den Asylentscheid in ledig-

lich acht Tagen (siehe Text unten).

Käser favorisiert unattraktive Standorte für Asylzentren

Bei einer Neuorganisation des Asylverfahrens müsste der Bund neu 4800 statt wie heute 1200 Plätze für Asylbewerber anbieten. Deshalb will Sommaruga nun mit den Kantonen nach geeigneten Lösungen suchen – und rennt im Kanton Bern offene Türen ein, wie Polizei- und Militärdirektor Hans-Jürg Käser (FDP) bestätigt. Käser begrüsst den Entscheid der SPK als «wichtigen Schritt». In ersten Gesprächen mit dem Bund habe er denn auch die Unterstützung des Kantons Bern signalisiert, so Käser weiter.

Wo im Kanton der Bund allenfalls ein oder mehrere Zentren betreiben könnte, ist laut Käser noch unklar. Die bereits beste-

henden 28 Unterkünfte seien möglicherweise nicht geeignet, weil sie nicht beliebig ausgebaut werden könnten. Deshalb stehen für Käser Armeeunterkünfte im Vordergrund.

Um die Möglichkeit einzuschränken, dass abgewiesene Asylsuchende untertauchen, favorisiert Käser zudem abgelegene Standorte. Infrage kommen könnten der Jaunpass, wo der Kanton bereits ein Minimalzentrum betrieb, oder die Gantrisch Hütte, eine Unterkunft der Armee, in der Ende der 90er-Jahre Flüchtlinge untergebracht waren. Dazu will sich Käser nicht äussern. Nur so viel: «Ob und welche Armeeunterkünfte zur Verfügung stehen, muss erst noch mit dem Bund geklärt werden.»

Dass für den Kanton durch die Neuorganisation des Asylwesens

Mehrkosten entstehen, befürchtet Käser nicht. «Ich gehe davon aus, dass der Bund seine Zentren auch selber bezahlt.» Heute vergütet der Bund den Kantonen pro Asylsuchenden zwar eine Pauschale. Diese decke jedoch bei weitem nicht die Kosten, die den Kantonen entstünden.

Laut dem Bundesamt für Migration haben bislang keine Gespräche mit anderen Kantonen oder dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport stattgefunden.

«Wird die Ausschaffungshaft institutionalisiert, dann müssen die Kantone die Gefängnisse ausbauen.» Hans-Jürg Käser

Mit schnelleren Verfahren ist jedoch nur ein Bereich der Asylmiserie gelöst. Ein weiteres Problem ist laut Käser die Ausschaffung jener Asylbewerber, die das Land nicht freiwillig verlassen. «Dies kann der Bund nicht übernehmen, weil ihm die nötigen Polizeikräfte und Gefängnisplätze fehlen», so Käser.

Falls die Ausschaffungshaft im neuen Asylgesetz institutionalisiert wird, fehlen auch in den Kantonen die Ressourcen. Vor allem Gefängnisplätze sind knapp. Laut Käser verfügt der Kanton Bern in Witzwil gerade einmal über 38 Ausschaffungshaftplätze. Mit jenen, die zur Not noch in den Regionalgefängnissen zur Verfügung stehen, sind es 78. Käser: «Wird die Ausschaffungshaft institutionalisiert, dann müssen die Kantone die Gefängnisse ausbauen.»

Andrea Sommer

Im Idealfall in acht Tagen zum Asyl-Entscheid

In Holland kennt man seit 2010 ein beschleunigtes Asylverfahren. Eine staatliche Organisation führt alle Asylzentren mit 25 000 Plätzen.

Wie beschleunigt man das Asylverfahren? Eine Frage, die sich nicht nur Schweizer Behörden stellen. Logisch darum, dass sich die Experten von Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) im Ausland nach Lösungsansätzen umgesehen haben. Drei Länder haben sie genauer unter die

Lupe genommen: Holland, Norwegen und England. Die Verhältnisse dort weisen Ähnlichkeiten mit jenen in der Schweiz auf.

Sommarugas Vorschlag für ein schnelleres Asylverfahren ist vom holländischen System beeinflusst. Dort hat man vor einem Jahr das sogenannte 8-Tage-Verfahren eingeführt. Wie dies Sommaruga für die Schweiz auch möchte, werden in Holland alle Asylsuchenden zentral von einer Stelle betreut. Diese führt sämtliche Flüchtlingszentren des

Landes mit total 25 000 Plätzen. Die Antragstellung erfolgt zentral im einzigen Empfangszentrum in Tel Apel an der Grenze zu Deutschland. Dort bleiben die Asylsuchenden während der durchschnittlich zwei- bis dreiwöchigen Ruhe- und Vorbereitungszeit. In dieser Zeit führen die Behörden zahlreiche Abklärungen durch.

Danach kommen die Asylsuchenden in eine Verfahrensunterkunft. Dort beginnt das eigentliche Asylverfahren. Dieses,

das für rund die Hälfte der Fälle angewendet wird, dauert acht Tage und folgt einem festgelegten Programm. In Fällen, wo weitere Abklärungen nötig sind, kommt das erweiterte Verfahren zur Anwendung. Dieses darf maximal sechs Monate dauern. In dieser Zeit erhalten die Asylsuchenden Unterkunft, Nahrung und Sachleistungen, aber kein Geld.

Ein weiteres zentrales Element von Sommarugas Vorschlag stammt ebenfalls aus Holland: die integrierte unentgeltliche

Rechtsberatung und -vertretung. Für die Beschwerdeverfahren sind Verwaltung und Gerichte an Fristen gebunden. Im ordentlichen Verfahren etwa muss eine Beschwerde innert vier Wochen beurteilt sein.

Wer einen negativen Entscheid erhält, hat 28 Tage Zeit, das Land zu verlassen. Danach hat er keinen Anspruch mehr auf Sozialleistungen oder Nothilfe. Wer die Ausreise verweigert, kann für sechs Monate in Ausschaffungshaft genommen werden. *azu*

«Der Bürger will, dass wir handeln»

«TOO BIG TO FAIL» Die ständerätliche Wirtschaftskommission hielt gestern Hearings zur Grossbankenregulierung ab. Der Berner BDP-Ständerat Werner Luginbühl verteidigt die Vorlage.

Herr Luginbühl: Sind Sie nach den Hearings gescheiter als vorher?

Werner Luginbühl: Die meisten Positionen waren mir schon vorher bekannt. Allerdings wurde ich in meiner vorherigen Haltung noch gestärkt.

Haben die beiden Grossbanken unterschiedliche Positionen vertreten, wie sie das bisher schon gemacht haben?

Diese Frage darf ich nicht beantworten, weil ich sonst das Kommissionsgeheimnis verletzen würde.

Was ist Ihre Meinung zum vorliegenden Gesetzesentwurf?

Ich unterstütze den Schlussbericht der Expertenkommission und somit den Vorschlag des Bundesrats. Ich bin auch der Meinung, dass die Gesetzesänderungen möglichst rasch umgesetzt werden müssen. Es besteht ein beträchtliches volkswirtschaftliches Risiko, und die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir nun handeln.

Sind Sie der Meinung, dass die Eigenmittelvorgaben aus Wettbewerbsgründen dem Ausland angepasst werden müssten?

Nein. Die Eigenmittel sollen erhöht werden, um einen Kollaps unwahrscheinlich zu machen, unabhängig davon, was das Ausland macht. Wir sind in der Schweiz in einer besonderen Situation. Kein anderes Land hat gemessen am Bruttoinlandprodukt so grosse und so dominierende Banken wie die Schweiz. Daran müssen wir uns orientieren, nicht am Ausland. Im Übrigen möchte ich daran erinnern, dass die vorliegende Lösung in der Expertenkommission von allen Mitgliedern mitgetragen wurde.

Wäre es nicht gescheiter, die Grossbanken zu zwingen, den



Werner Luginbühl *Patric Spahni*

risikoträchtigen Teil des Investmentbankings abzuspalten?

Eine Holdingstruktur mit Tochtergesellschaften, die im Notfall einzeln in den Konkurs geschickt werden, löst das Problem nicht. Die erwünschteste Entflechtung der Haftung wird dadurch nicht erzielt – selbst wenn die nationale Rechtsprechung sie erlauben würde, wäre sie international nicht durchsetzbar.

Das Problem wäre aber gelöst, wenn die Grossbanken die risikoträchtigen Teile verkaufen müssten.

Das wäre ein einschneidender Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit, der meiner Meinung nach mit dem liberalen Schweizer Ansatz nicht vereinbar wäre. Immerhin wird mit der Vorlage die Möglichkeit geschaffen, die nicht systemrelevanten Teile einer Grossbank zu liquidieren.

Interview: Claude Chatelain

SVP: Blocher und Baader nominiert

STÄNDERAT Wie erwartet: Der Vorstand der SVP Kanton Zürich hat Christoph Blocher für die Ständeratswahlen nominiert. Die Baselbieter SVP schickt Caspar Baader ins Rennen.

Nun ist es offiziell: Der Vorstand der SVP Kanton Zürich will alt Bundesrat Christoph Blocher in den Ständeratswahlkampf schicken. Über die Kandidatur des 70-jährigen Parteistrategen ent-

scheidet die Delegiertenversammlung am 24. Mai. Blocher soll auch bei den Nationalratswahlen als Zugpferd für die SVP zusätzliche Stimmen holen.

Die Baselbieter SVP lässt Bundeshaus-Fraktionschef Caspar Baader ebenfalls doppelt kandidieren: Der Parteitag in Reinach hat den Anwalt und Agronomen, der seit 1998 im Nationalrat sitzt, am Dienstag für die Stände- und Nationalratswahlen nominiert. Der Parteitag folgte dem Vorschlag einer Wahlkommission. Neben Baader (Jahrgang 1953) soll auch Christian Miesch (1984) seinen Nationalratssitz verteidigen. *sda*

SBB schaffen «Nischenjobs»

ARBEIT Die SBB schaffen 160 «Nischenarbeitsplätze», damit Angestellte nach Unfällen oder Krankheiten weiterarbeiten können.

Die SBB richten bis in vier Jahren insgesamt 160 Arbeitsplätze für Mitarbeiter ein, die nicht mehr in ihrer ursprünglichen Position weiterarbeiten können. 100 sogenannte Nischenarbeitsplätze sollen bei den SBB selbst entstehen, weitere 60 bei «Anyway-Solutions», einer Tochter der SBB, die sich der Reintegration von Betroffenen widmet. «Wir wollen Mitarbeiter nicht an ein Sozialwerk abgeben, sondern weiterhin

vom Know-how unserer Profis profitieren», sagt SBB-Mediensprecher Daniele Pallecchi.

Das Bahnunternehmen hat mit der Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV) eine Vereinbarung unterzeichnet. In dieser Grundsatzklärung bekennnten sich die SBB zu ihrer Rolle als verantwortungsbewusster Arbeitgeberin, heisst es in einer gemeinsamen Medienmitteilung.

Die Nischenarbeitsplätze sind für den SEV eine «gute Sache». Im SBB-Konzern gibt es schon seit Jahren 60 solche Jobs. Die SBB sollen als Vorbild für weitere Firmen dienen, fordert SEV-Präsident Giorgio Tuti. *sda*

ANZEIGE



WALDIS - hilft gegen Einbrecher!

Geprüft und zertifiziert nach EN 1143-1!

Mit 20 Jahre Garantie gegen Aufbruch!

www.tresore.ch
WALDIS

WALDIS Tresore AG | 8153 Rümlang | Tel. 043 / 211 12 00 | info@tresore.ch